




BDEW: Verordnung zu wassergefährdenden Stoffen droht zu scheitern

BDEW: Verordnung zu wassergefährdenden Stoffen droht zu scheitern
Wasserwirtschaft warnt vor Rückschlag in der Gewässerschutzpolitik und weiteren Nitratbelastungen
Für Gewässerschutz wichtige Regelungen drohen am Widerstand der Landwirtschaft zu scheitern
Novelle der Düngeverordnung erforderlich
Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) warnt vor einem Scheitern der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AWSV). "Ein Scheitern der Verordnung wäre angesichts regional deutlich steigender Belastungen des Grundwassers mit Nitratrückständen ein herber Rückschlag für den Gewässerschutz", sagte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser heute in Berlin.
Hintergrund ist der Widerstand der Landwirtschaft gegen einen wichtigen Bestandteil aus der Verordnung. Aufgrund des vorgegebenen Verfahrens zum Erlass einer Verordnung könnte daran das Vorhaben insgesamt scheitern. Konkret geht es um die geplante Regelung für Jauche-, Gülle- und Silageanlagen (JGS-Anlagen). Der Bundesrat hatte sich vor Kurzem dafür ausgesprochen, bundeseinheitliche Vorgaben für diese Anlagen in die Verordnung zu integrieren. Angesichts des erheblichen Widerstands der Landwirtschaft gegen diese Regelungen appelliert der BDEW an die Bundesregierung, die Verordnung in ihrer jetzigen Fassung zu verabschieden: "Aus Sicht des BDEW sind solche Vorgaben aufgrund des erheblichen Gefährdungspotenzials für die Gewässer zwingend erforderlich", so Weyand. "Bereits jetzt sind in einigen Regionen Trinkwasserbrunnen nicht mehr nutzbar, da die Nitratwerte im Grundwasser zu hoch sind."
Die Bundesregierung hatte die Verordnung auf den Weg gebracht. Im Bundesrat wurde sie vor zwei Wochen mit zahlreichen Änderungsvorschlägen verabschiedet - dazu gehörten auch JGS-Anlagen. Da es sich um eine zustimmungspflichtige Verordnung handelt, kann die Bundesregierung nicht einzelnen Vorschlägen des Bundesrates widersprechen. Ihr bleiben nur zwei Wege: Entweder kann sie die Verordnung mit den Änderungen des Bundesrates verabschieden, oder sie beschließt, die Verordnung in Gänze neu zu verhandeln. Weyand: "Das hätte zur Folge, dass die Verordnung ganz neu diskutiert werden müsste. Das wäre ein erheblicher Rückschritt, denn die Verordnung in der vom Bundesrat vorgeschlagenen Fassung wäre ein wichtiger Beitrag, um die in vielen Regionen steigende Nitratbelastung der Gewässer zu reduzieren. Hohe Nitratkonzentrationen, verursacht durch die Landwirtschaft, bergen große Probleme für die Trinkwasseraufbereitung. Die Wasserversorger müssen immer aufwendigere Maßnahmen ergreifen, um die vorgeschriebenen Grenzwerte sicher einhalten zu können. Dies kann sich mittel- bis langfristig auch in höheren Trinkwasserpreisen für den Verbraucher niederschlagen. Der Eintrag von Nitrat muss so weit wie möglich beschränkt werden. Das Verursacher- und Vorsorgeprinzip muss deutlich gestärkt werden."
Die Wasserwirtschaft fordert zudem, die Düngeverordnung endlich zu novellieren, um Gewässerbelastungen durch Nitrat aus der Landwirtschaft zu vermeiden. "Eine Begrenzung für alle organischen und anorganischen Stickstoffmengen ist dringend erforderlich, um weitere Gefährdungen der Trinkwasserversorgung als Daseinsvorsorge für den Menschen zu verhindern", sagte Weyand. Auch die Europäische Kommission sei besorgt über die Entwicklung der Gewässerqualität in Deutschland. Sie habe Deutschland aufgefordert, das Aktionsprogramm zum Schutz der Gewässer zu überarbeiten, damit es uneingeschränkt mit der EU-Nitratrichtlinie in Einklang steht.
BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
Reinhardtstr. 32
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 30 / 300 199-0
Telefax: +49 30 / 300 199-3900
Mail: presse@bdew.de
URL: <http://www.strom.de>


Pressekontakt

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

10117 Berlin

strom.de
presse@bdew.de

Firmenkontakt

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

10117 Berlin

strom.de
presse@bdew.de

Die Demokratie lebt vom Wettstreit der Meinungen und vom Ausgleich der Interessen. Das Werben um Mehrheiten ist ein wesentlicher Bestandteil unserer politischen Ordnung. Dabei sind die Überzeugungen und Interessen des Einzelnen nur dann politisch wirksam, wenn sie gebündelt vorgetragen werden und die Zustimmung vieler finden. Die deutsche Energie- und Wasserwirtschaft stellt sich den Herausforderungen der Zukunft, um eine sichere, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energie- und Wasserver- sowie Abwasserentsorgung zu gewährleisten. Der BDEW vertritt die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber Politik, Fachwelt, Medien und Öffentlichkeit und orientiert sich dabei an einer nachhaltigen Energieversorgung sowie an einer Wasser- und Abwasserwirtschaft, die den Aspekten Umwelt- und Klimaschutz, Qualität und Sicherheit sowie Wirtschaftlichkeit gleiches Gewicht beimisst. Der BDEW mit seinen Landesorganisationen berät und unterstützt seine Mitgliedsunternehmen - die rund 90 Prozent des Stromabsatzes, gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärmeabsatzes, 90 Prozent des Erdgasabsatzes, 80 Prozent der Trinkwasser-Förderung sowie rund ein Drittel der Abwasserentsorgung in Deutschland repräsentieren - in allen branchenrelevanten politischen, rechtlichen, wirtschaftlich-technischen und kommunikativen Fragen. Die sachliche Arbeit, getragen vom fachlichen Know-how sowohl der ehrenamtlichen Gremienmitglieder als auch der Mitarbeiter des BDEW, ist dabei die eigentliche Stärke des Verbandes. Der BDEW wurde im Herbst 2007 gegründet. Der BDEW ist zentraler Ansprechpartner für alle Fragen rund um Erdgas, Strom und Fernwärme sowie Wasser und Abwasser. Die Energiewirtschaft hat damit ihre Kräfte gebündelt und entwickelt energieträgerübergreifende Konzepte. Die Wasserwirtschaft mit ihrem eigenen ordnungspolitischen Rahmen nutzt die erheblichen Synergien, die ein großer Verband bietet. Das Leitmotiv des BDEW "Energie. Wasser. Leben." zeigt sowohl den Wirkungskreis als auch den Anspruch des Verbandes, dessen Mitgliedsunternehmen mit ihrer Leistung die Lebensqualität der Menschen sichern - heute und in Zukunft.